

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung**

Vorberatung im: -----

Betreff: Weiteres Verfahren im Umgang mit umstrittenen Ehrenbürgerschaften

Bezug: Vorlagen 176/2012, 511/2012, 548/2007, 511/2005, Protokoll der Kommission des Erinnerns vom 28.02.2008, Protokoll der Kommission des Erinnerns vom 05.03.2009

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

Im Umgang mit der Ehrenbürgerschaft von Tübingern, die durch nationalsozialistisches Unrecht belastet sind, schlägt die Verwaltung ein mehrstufiges Verfahren vor: zunächst sorgfältige Aufarbeitung, Darstellung, Bewusstmachung und historische Einordnung durch verschiedene Informationsmaßnahmen. Aufgrund der besonderen Stellung von Oberbürgermeister a. D. Hans Gmelin hält es die Verwaltung zudem für unerlässlich, diese Problematik vorrangig und auf besonders sorgfältige Weise anzugehen. Für eine umfassende historische Aufarbeitung und Darstellung der Rolle Hans Gmelins im und nach dem Nationalsozialismus wird ein Forschungsstipendium vergeben.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr: 2013	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€ 17.000	€ 17.000
bei HHStelle veranschlagt 1.3213.6010.000:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab: 2013	

Ziel:

Dem Gemeinderat soll eine Entscheidungsgrundlage für die letztlich nur politisch zu bewertende und zu entscheidende Frage gegeben werden, wie mit der Ehrenbürgerschaft von Bürgern, die mit nationalsozialistischem Unrecht in Verbindung gebracht werden, umzugehen ist. Ziel ist zudem weder die pauschale „Anklage“ einzelner Personen oder städtischer Erinnerungspolitik noch eine pauschale Streichung früherer Ehrenbürgerschaften. Ziel ist vielmehr die Aufklärung und Information über diese Personen und den aus dem jeweiligen zeithistorischen Kontext heraus zu verstehenden Umgang mit Ehrenbürgerrechten.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Gemeinderat, Verwaltung, Öffentlichkeit und Fachleute setzen sich seit geraumer Zeit mit der Frage auseinander, wie mit der Ehrenbürgerschaft von in den Nationalsozialismus verstrickten Persönlichkeiten umgegangen werden soll. Die Verwaltung hat dem Gemeinderat mit der Vorlage 176/2012 ein Vorgehen in mehreren Schritten vorgeschlagen und den Auftrag erhalten, für dieses Vorgehen einen Zeit- und Kostenplan vorzulegen.

2. Sachstand

Juristisch erlischt das Ehrenbürgerrecht als allgemeines Persönlichkeitsrecht mit dem Tod. Eine formale Aberkennung des Ehrenbürgerrechts ist deshalb posthum nicht möglich. Der Gemeinderat hat aber die Möglichkeit, verstorbene Ehrenbürger politisch-historisch zu bewerten und sie von der offiziellen städtischen Liste der Ehrenbürger zu streichen, wenn sie durch eine Verstrickung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem belastet sind.

Die umstrittenen Ehrenbürgerschaften sollten jedoch nicht kommentarlos und ohne wissenschaftliche Aufarbeitung von der Liste gestrichen werden. Die Verwaltung hält es für besser, ein breiter angelegtes Projekt zu entwickeln, das diese Fragen thematisiert, im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung mit der Tübinger Gesellschaft und auch dem Gemeinderat als politisches Gremium damals wie heute.

Die Ehrenbürgerrechte an Adolf Hitler, Wilhelm Murr und Christian Mergenthaler wurden bereits durch Verfügung des Oberbürgermeisters Hartmeyer am 23. April 1946 aberkannt und in der damals geführten Liste gestrichen.

Weiterhin kritisch zu hinterfragen sind Ehrenbürgerschaften, die zwischen 1933 und 1945 verliehen worden sind, z. B. an Hindenburg. Ebenso gilt es aber auch sich mit Ehrenbürgern auseinanderzusetzen, denen die Ehrenbürgerschaft von einem demokratisch gewählten Gemeinderat nach 1948 verliehen wurde, deren Biografien aber eine Verstrickung in das nationalsozialistische Regime vermuten lassen, z. B. Theodor Haering und Hans Gmelin.

3. Vorschlag der Verwaltung

Entsprechend der Vorlage 176/2012 empfiehlt die Verwaltung, angesichts der komplexen Gemengelage zeithistorischer Befunde, ein Vorgehen in mehreren Schritten. Ziel der Aufarbeitung ist nicht unkritische, plakative Verurteilung, sondern Aufklärung.

1. Aufsatz als Ergänzung zur Liste im Internet

Die Verwaltung hält es für wenig sinnvoll, die aktuelle Liste der Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger im Nachhinein ohne Kommentar zu ändern. Vielmehr gilt es ihre Geschichte in demokratischer Transparenz zu dokumentieren und öffentlich zu machen und die Liste auf diese Weise umso glaubhafter zu gestalten. In einem Aufsatz sollen die Entstehung der Ehrenbürgerliste dargestellt und alle relevanten Fakten in einer historischen Gesamtinformation zusammengestellt und erläutert werden. Dieser Text wird vom Stadtarchiv verfasst und auf der Homepage der Stadt neben der Ehrenbürgerliste bis Ende 2012 publiziert.

2. Informationen zu Theodor Haering im Schaukasten des Haering-Hauses

Ein kurzer informativer Text über Theodor Haering ist bereits in Bearbeitung und soll im Schaukasten am Haering-Haus ausgehängt werden. Auch dies wird noch bis Ende des Jahres 2012 geschehen.

3. Ausstellung im Stadtmuseum zu Ehrenbürgerschaften

Möglich wäre auch, der interessierten Tübinger Öffentlichkeit in Form einer Ausstellung im Stadtmuseum einen allgemeinen Zugang zu den Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürgern der Stadt zu ermöglichen und sie über das Thema und die damit verbundenen politischen und zeithistorischen Fragen zu informieren; ergänzend und vertiefend könnte eine begleitende Vortragsreihe durchgeführt werden. Da eine solche Ausstellung die nötige Vorarbeit erfordert, wäre sie nicht vor 2014 zu realisieren.

4. Umbenennung der Haering-Staffel

Theodor Haering hat sich als Philosophieprofessor während der nationalsozialistischen Herrschaft an prominenter Stelle als geistiger Komplize des Regimes hervorgetan. Mit seinem Werk hat sich Haering zum Gehilfen eines verbrecherischen Staates gemacht und die Ideologie des Nationalsozialismus propagandistisch verbreitet. Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung vor, die nach ihm benannte Haering-Staffel in „Josef Wochenmark Staffel“ umzubenennen. Josef Wochenmark war der letzte Vorsänger der jüdischen Gemeinde. Er leitete in der Synagoge in der Gartenstraße die Gottesdienste am Sabbat und den hohen jüdischen Feiertagen. Außerdem kümmerte er sich um die Seelsorge und erteilte Religionsunterricht für die jüdischen Schüler. Obwohl Josef Wochenmark orthodox eingestellt war, gab er der liberalen jüdischen Gemeinde wichtige Impulse, als er beispielsweise das Orgelspiel in der Synagoge einführte und die getrennte Sitzordnung für Frauen und Männer aufhob. Als das Ehepaar Wochenmark im März 1943 die Aufforderung zur Deportation erhielt, beendete Josef Wochenmark sein Leben durch den Freitod.

Die Haering-Staffel könnte kurzfristig und ohne größeren verwaltungstechnischen Aufwand umbenannt werden, da an ihr keine Anwohner wohnen.

5. Forschungsstipendium zu Hans Gmelin

Bezüglich der Rolle Hans Gmelins im Nationalsozialismus, insbesondere über seine Beteiligung an der Deportation von slowakischen Juden, gibt es Forschungsdefizite. Die Verwaltung schlägt daher vor, die Biografie Hans Gmelins auf der Basis eines Forschungsstipendiums umfassend und exemplarisch aufarbeiten zu lassen. Professor Eckhard Conze, Professor für Zeitgeschichte in Marburg und Sprecher der Unabhängigen Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Auswärtigen Amtes in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik, wäre bereit, dieses Stipendium wissenschaftlich zu betreuen und Promotions-Kandidaten auszuwählen. Für ein solches Forschungsvorhaben sollten 30 Monate angesetzt werden.

4. Lösungsvarianten

- 4.1 Es werden nur die kostenneutralen Vorschläge verwirklicht und kein Forschungsstipendium für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Biografie Hans Gmelin vergeben.
- 4.2 Für die Umbenennung der Haering-Staffel können neben Josef Wochenmark auch noch andere Personen als Namensgeber in Betracht gezogen werden: so zum Beispiel die Familie des jüdischen Viehhändlers Max Löwenstein, die in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten ermordet wurden, Hugo Benzinger, der als Kommunist von den Nazis verfolgt wurde oder Leopold Hirsch, der sich als erster Jude 1849 in Tübingen gerichtlich das Bürgerrecht erstritt.

5. Finanzielle Auswirkungen

Der vom Stadtarchiv verfasste Aufsatz wäre ebenso wie der Text zu Theodor Haering kostenneutral. Eine Ausstellung im Stadtmuseum könnte aus dem Ausstellungsetat des Stadtmuseums bestritten werden, müsste aber mit einer angemessenen Summe für einen Werkvertrag (10.000 Euro) ergänzt werden. Für die Umbenennung der Haering-Staffel würden die Materialkosten für die Hinweisschilder anfallen. Für ein Forschungsstipendium zur Erforschung der Biografie Hans Gmelins sind etwa 30.000 Euro zu veranschlagen. Diese Summe, zuzüglich 4.000 Euro Sachkosten, müsste in den Haushalt eingestellt werden.